

# **Kommunalpolitisches Programm der CDU Neukölln**

## **Für die Menschen in Neukölln: Handeln statt Reden**

**Beschlossen auf dem Kreisparteitag  
am 17./18. Februar 2006**

## **Menschen in Neukölln**

Neukölln – das sind über 300.000 Menschen zwischen dem Milchhof Mendler in Rudow und dem Karstadt Warenhaus am Hermannplatz. 300.000 Menschen in Einfamilienhäusern, Hochhäusern und im Altbau. 300.000 Menschen von denen viele die Grund- und Oberschulen in Neukölln besucht haben, in den Britzer Garten gehen, die Paul-Hindemith-Musikschule Neukölln besuchen, mit ihren Kindern im Lipschitzbad schwimmen oder eine Ausstellung in der Galerie im Körnerpark besuchen. Es gibt viel zu entdecken in Neukölln, weil in diesem pulsierenden Bezirk jedes Jahr Neues entsteht.

Doch der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel in Neukölln hat zu erheblichen Auswirkungen in allen Ortsteilen des Bezirkes geführt. Über 35.000 Menschen sind arbeitslos. Viele Menschen mussten ihren Lebensstandard einschränken. In den Geschäftsstrassen fehlt die Kaufkraft. Immer mehr Familien sind so in schwierige Lebenslagen geraten. Sie dürfen nicht vergessen werden. Eine besondere Herausforderung für ganz Neukölln ist die Zunahme der Menschen ausländischer Herkunft und die vielfachen Probleme, die durch mangelnde Integration entstanden sind. Im Mittelpunkt unserer Politik steht jeder einzelne Mensch, für den es in erster Linie gilt, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu schaffen und Perspektiven zu eröffnen. Jeder, der in eine vorübergehende Notlage geraten ist, muss darauf vertrauen können, dass ihm geholfen wird.

Wir wollen die Stärken Neuköllns dafür nutzen, etwas für die Menschen zu erreichen, anstatt nur über die Schwächen des Bezirkes zu reden. Die Flexibilität, die Dynamik und das Organisationstalent der Menschen in Neukölln sind Stärken, die wir unterstützen wollen. Wie kaum ein anderes Projekt steht der Autobahnneubau für die Veränderungsdimensionen eines Bezirkes: Mit einem Schlag wurden Fahrtzeiten halbiert, Arbeitsplätze an den Auf- und Abfahrten geschaffen, dutzende Straßen entlastet. Die Politik kann Autobahnen bauen, darauf fahren aber müssen die Menschen. Die Entscheidung für den Neubau des Flughafens in Schönefeld wird zu Tausenden neuen Arbeitsplätzen und einer Zunahme der Wirtschaftskraft vom Süden bis zum Norden des Bezirkes führen. Die Bezirkspolitik muss die enormen Potentiale dieses Jahrhundertprojektes für Neukölln nutzen.

Wir wollen in unserem kommunalpolitischen Programm die wichtigsten Handlungsfelder unserer Politik in den kommenden fünf Jahren darstellen. Hierzu gehören eine ehrliche Analyse der Situation und gleichzeitig die Entwicklung von Problemlösungsstrategien.

Wir wollen in Neukölln dafür die Grundlagen legen, dass die Menschen gern hier leben, hier Arbeit finden, hier eine Familie gründen und hier Ihre Ideen entwickeln oder ihren Traum verwirklichen können.

## **Leben in Neukölln**

Wir kennen die gesellschaftlichen Veränderungen unseres Bezirkes. Im Norden Neuköllns hat sich die Bevölkerungsstruktur dramatisch verändert. Hier leben Menschen aus über 160 Nationen. 80.000 Neuköllnerinnen und Neuköllner sind ausländischer Herkunft. Vor allem durch den Familiennachzug bilden Migrantenfamilien mittlerweile die Bevölkerungsmehrheit. Ihr Lebensstandard unterscheidet sich deutlich von dem Lebensstandard der Neuköllner im Süden des Bezirkes. Der Bildungsstand der Schüler mit Migrationshintergrund ist deutlich niedriger, die Kriminalitätsrate jugendlicher Ausländer doppelt so hoch. Hier zeigt sich, dass die Blockade einer Integrationspolitik, die den Menschen Angebote macht aber auch Integration in die deutsche Gesellschaftsordnung abverlangt, in die Sackgasse geführt hat. Wir wollen, dass alle Menschen in Neukölln gut miteinander zusammenleben können. Wir freuen

uns über jeden, der sich für ein Leben in unserem Bezirk entscheidet. Die Grundlage dafür ist die Anerkennung unserer Gesellschaftsordnung, die Anerkennung der Gleichheit von Frau und Mann, die Achtung unserer Gesetze, der Respekt vor anderen Religionen, die Freiheit der Meinungsäußerung. Dies sind unverrückbare Pfeiler unseres Zusammenlebens. Die von keiner Seite akzeptable Fehlentwicklung von Zwangsehen, Scheinehen und Scheinvaterschaften ist im Interesse gesellschaftlicher Werte konsequent zu bekämpfen und durch Aufklärung und Information aller am Integrationsprozess Beteiligten zu verurteilen. Wer dies nicht anerkennt, kann seinen Platz nicht in unserer Gesellschaft finden.

Wesentliche Garanten eines gesellschaftlichen und gemeinsamen Integrationsprozesses sind Sprache, Bildung, Ausbildung und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wo Kinder in der Sprachförderung nicht unterstützt werden, muss die Gesellschaft und Politik restriktiven Zwang zum Wohle der Entwicklung der Kinder ausüben.

Auch die Ortsteile Britz, Rudow, die Gropiusstadt und Buckow sind Veränderungen unterworfen. Gerade in Britz und in der Gropiusstadt haben sich die Bevölkerungsstrukturen verändert; gleichzeitig hat auch hier die Arbeitslosigkeit zugenommen. Immer mehr Menschen sind vielfach unverschuldet in die Schuldenfalle geraten und mussten ihr Haus verkaufen. Wir stehen deshalb für eine Erweiterung des Angebotes von Schuldner- und Insolvenzberatung. Neben der klassischen Schuldnerberatung muss dabei zukünftig die Beratung überschuldeter Haus- und Grundstückseigentümer Beratungsschwerpunkt sein.

Über 91.300 Menschen in Neukölln sind abhängig von staatlichen Transferleistungen, wie Arbeitslosengeld II, Wohngeld usw.. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war ein erster Schritt zu einer schnelleren Hilfe in einer vorübergehenden Notlage. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Jobcenter der ursprünglichen Idee nur bedingt gerecht wird und die Bezirkspolitik hierauf keinerlei Einfluss hat. Wir fordern daher die Anbindung des Jobcenters an die jeweiligen Bezirksämter. Nur die Kooperation zwischen Jobcenter und den ortskundigen Mitarbeitern der Bezirksverwaltung kann den betroffenen Neuköllnerinnen und Neuköllnern neue Perspektiven aufzeigen.

Viele kleine Geschäfte und Einkaufszentren haben geschlossen. Randlagen sind zu Durchgangsbereichen geworden. Die Substanz öffentlicher Einrichtungen hat abgenommen. Insgesamt hat sich die Lebensqualität - auch im Süden des Bezirkes - verändert. Wir wollen die Lebensqualität erhalten und ausbauen. Nur durch eine solche Kraftanstrengung durch Schwerpunktsetzungen auch im Süden des Bezirkes kann der Bezirk insgesamt stabilisiert werden.

Wir wollen die Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung im ambulanten und stationären Bereich in Neukölln nicht zur Kenntnis nehmen. Dem Wegzug vieler niedergelassener Ärzte muss entgegengewirkt werden. Das Krankenhaus Neukölln muss als Krankenhaus der Maximalversorgung erhalten bleiben und darf durch Umstrukturierungsmaßnahmen des Vivantes-Konzerns nicht in seiner Qualität reduziert werden.

Neukölln ist mit 255 ha öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen, 21.000 Straßenbäumen, 10.000 Kleingartenparzellen, 14 ausgewiesenen Schutzgebieten und den landwirtschaftlichen Nutzflächen im Süden einer der grünsten Bezirke Berlins. Diese hervorragende Lebensqualität in unserem Bezirk gilt es zu erhalten und durch neues Grün auszubauen. Die Zerstörung unserer Umwelt durch Einzelne schadet uns allen und ist kein Kavaliärsdelikt. Wir setzen uns auch in diesem Zusammenhang für die Verstärkung der Ordnungsämter ein, um der Zerstörung der Grünflächen Einhalt zu gebieten. Eine Verdichtung durch neue mehrgeschossige Wohnanlagen lehnen wir ab.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Bausubstanz der öffentlichen Gebäude – allen voran der Schulen – zu verbessern. Investitionen in Neuköllner Straßen sind notwendig, dem Sanierungsrückstand von 35 Millionen Euro muss entgegengewirkt werden. Die CDU Neukölln fordert dringend, die beiden Schulruinen an der Lipschitzallee und an der Straße An den Achterhöfen abzureißen, um einer weiteren Verwahrlosung des öffentlichen Raumes entgegenzuwirken.

Die Sport- und Freizeitaktivitäten unseres Bezirkes wollen wir bedarfsorientiert erhalten, sanieren und ausbauen. Hierbei wollen wir den veränderten Bedürfnissen der Sporttreibenden und jungen Sportarten Rechnung tragen. Dabei ist zu prüfen, inwieweit den Sport- und Freizeitanlagen für diese Sportarten geschaffen und kostenfrei angeboten werden können. Vorhandene Sportanlagen auf Schulhöfen sollten öffentlich zugänglich sein. Wir treten für eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Jugendeinrichtungen und den Neuköllner Sportvereinen ein. Die Förderung des Breitensports und der damit verbundenen sozial bedeutsamen Effekte nimmt dabei einen hohen Stellenwert ein. Damit das gelingt, sollte das Ehrenamt besser als bisher gefördert werden.

Das Gemeinschaftshaus, die Werkstatt der Kulturen, der Saalbau, die Galerie im Körnerpark, die Neuköllner Oper, der Karneval der Kulturen, 48-Stunden Neukölln, das Schloss Britz und das Puppentheatermuseum sind weit über die Grenzen Neuköllns bekannt. Die vorhandene Kultur muss unterstützt werden. Wir wollen, dass Neukölln als kultureller Anziehungspunkt weiter ausgebaut wird. Gerade bei einer so vielfältigen Bevölkerungsstruktur wie in Neukölln ist der kulturelle Austausch wichtig. In unserem Bezirk soll daher die interkulturelle Arbeit weiter gefördert und der Kunst und Kultur eine wichtige Plattform geschaffen werden.

Wir wollen eine schnelle und umweltschonende Erreichbarkeit aller Ziele innerhalb und außerhalb Neuköllns. Deshalb muss die Autobahn vom Autobahndreieck Neukölln bis in den Norden Berlins weitergebaut werden. Die durch den Autobahneubau entstandenen Verkehrsprobleme an den Auf- und Abfahrten müssen durch neue Verkehrskonzepte gelöst werden. Im Zuge des Baus des Flughafens Schönefeld muss die U-Bahnlinie 7 von Rudow nach Schönefeld verlängert werden.

Wir wollen angemessene Mieten und gemischte Mieterstrukturen in Neukölln. Deshalb lehnen wir die Aufgabe ganzer Wohnsiedlungen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und deren konzeptionslosen Ausverkauf ab. Wir sind gegen einen Verkauf der High-Deck- und der Dammweg-Siedlung.

## **Familien in Neukölln**

Wir wollen mit unserer Politik Neuköllnerinnen und Neuköllner dafür gewinnen, sich für Kinder zu entscheiden. Auch wenn in erster Linie die Eltern für ihre Kinder die Verantwortung tragen, müssen das Land Berlin und der Bezirk Neukölln die Rahmenbedingungen so setzen, dass Familien gern hier leben.

Das breite Angebot der Kinderbetreuung in Neukölln muss weiter flexibilisiert werden und mit ausreichendem Personal verlässliche Öffnungszeiten anbieten. Bei der Auswahl von Betreuungseinrichtungen - wie Kita oder Hort - müssen Eltern Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Trägern haben. Die Verstaatlichung der Horte und die Gründung eines Kita-Staatsbetriebes sind wieder rückgängig zu machen. Wir wollen Trägervielfalt und einen Fortgang des Übertragungsprozesses von staatlichen Kitas an freie Träger. Wir wollen das Neuköllner „Bündnis für Familie“ unterstützen, das alle kommunalen Akteure an einen Tisch bringt und Wege zu mehr Familienfreundlichkeit erarbeitet.

Das Freizeitangebot für Familien und Jugendliche darf nicht reduziert werden. Eine Schließung von Einrichtungen im Süden Neuköllns und die Verlagerung von Mitteln lehnen wir ab. Die Betreuung von Kinderspielplätzen durch „Spielplatzkümmerer“ sollte fortgesetzt werden. Familien in Problemlagen muss auch weiterhin geholfen werden können. Dafür muss der Bezirk ausreichende Mittel für die Jugendhilfe erhalten. Wir lehnen die erneute Kürzung der Jugendhilfe um 33 Millionen Euro ab, da viele Familien, die Hilfe bräuchten, solche Hilfe verwehrt wird.

Die durch den Senat beschlossene Schließung des Beratungszentrums für hörbehinderte Kinder in der Parchimer Allee ist rückgängig zu machen.

Gegenüber Eltern, die ihrer Erziehungsverantwortung nicht gerecht werden können, müssen das Jugendamt und das Gesundheitsamt im Sinne des Kindeswohls eingreifen. Die Erstkontakte bei Neugeborenen müssen auch in Neukölln in der Regel persönlich und nicht nur durch einen Brief erfolgen. Dem Rückzug vieler Eltern aus ihrer Erziehungsverantwortung darf sich der Staat nicht anschließen. Gewalt und Drogen muss durch Aufklärung entgegengewirkt werden, Grenzen sind deutlich aufzuzeigen. Die bisher freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen von Kindern im Vorschulalter müssen zur Pflicht gemacht werden. Wenn dieser Pflicht nicht nachgekommen wird, Verwahrlosung oder Misshandlung durch die Erziehungsberechtigten vorliegen, muss es möglich sein, das zustehende Kindergeld zu kürzen.

Kinder und Jugendliche sind frühzeitig in politische Willensbildungsprozesse einzubinden. Die CDU Neukölln setzt sich für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes ein.

Im Bewusstsein einer insgesamt älter werdenden Gesellschaft treten wir für eine Politik ein, in der die Älteren nicht zurückgelassen werden, sondern alte und junge Neuköllnerinnen und Neuköllner gern gemeinsam hier leben. Wir wollen, dass ältere Menschen ihr Leben eigenverantwortlich sowie selbstbestimmt gestalten. Wir unterstützen aus diesem Grund auch viele der Ideen und Projekte von gemeinnützigen Trägern Neuköllns. Im Bewusstsein kultureller Unterschiede ist dabei auch ein auf die Bevölkerungsstruktur Neuköllns abgestimmtes Angebot zu schaffen.

Benachteiligungen behinderter Menschen müssen vermieden werden. Ihre Eingliederung in alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft ist zu fördern und zu unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, mehr Angebote für das ambulante betreute Wohnen für Menschen mit Behinderung, besonders im Alter, zu schaffen. Die Werkstätten für Behinderte in Neukölln sind unentbehrlich für das Selbstwertgefühl der Menschen sowie deren Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt. Wir unterstützen diese Einrichtungen und sehen darin ein interessantes Angebot für die Wirtschaft. Wir erkennen die Leistungen der Neuköllner Selbsthilfegruppen für Menschen mit Behinderung an. Allen ehrenamtlichen Helfern im Gesundheits- und Seniorenbereich gebührt unser besonderer Dank und die Unterstützung der Politik. Wir setzen uns dafür ein, dass diese als integrierender Faktor zwischen Behinderten und Nichtbehinderten jede mögliche Hilfe erhalten.

### **Arbeit und Wirtschaft in Neukölln**

Eine wachsende Wirtschaft ist die Voraussetzung für Arbeits- und Ausbildungsplätze in Neukölln. Bei über 35.000 Arbeitslosen im Bezirk und einer der höchsten Arbeitslosenquoten in ganz Deutschland muss die kommunale Wirtschaftspolitik absoluten Vorrang erhalten. Dabei müssen bezirkliche Standortvorteile genutzt werden. Die Entscheidung für den

Internationalen Flughafen in Schönefeld bietet für Neukölln Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Diese Chancen gilt es vorausschauend, aktiv und intensiv zu nutzen. Wir fordern den Erhalt des Flughafens Tempelhof als Technologie- und Gewerbepark mit angeschlossener Start- und Landebahn für den dazugehörigen Flugverkehr.

Ein besonderes Gewicht unserer Wirtschaftspolitik liegt in der Stärkung bestehender Geschäftsstrassen und lokaler Zentren. Die Attraktivität in den Ortsteilzentren in Rudow, Buckow, Britz und der Gropiusstadt muss durch bezirkliche Infrastrukturmaßnahmen und durch die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaften gesteigert werden. Die Einkaufsstrassen im Norden Neuköllns unterliegen einem rasanten Strukturwandel in der Kundenstruktur und in der Kaufkraft. Ihre Zukunft sehen wir dennoch in einem breiten Warenangebot und der Ansiedlung neuer Anbieter mit ausdifferenziertem Sortiment. Dabei sollen neue Konzepte für privatwirtschaftliches Engagement im Einzelhandel z.B. bei der Einrichtung von Zentren für verbesserte Handels- und Geschäftsbereiche erprobt werden.

Das Kindl-Gelände muss einer attraktiven Nachnutzung im Lichte seiner Tradition weiterentwickelt werden. Konzentrierte Einzelhandelsnutzungen kommen dabei nicht in Betracht.

Die Wirtschaftspolitik ist die Schlüsselaufgabe des Bezirksamtes. Wir fordern einen zentralen Ansprechpartner für alle Unternehmen im Bezirk. Er richtet „Mittelstandslotsen“ als Stabsstelle ein. Sie dienen als zentrale Ansprechpartner für alle notwendigen Verwaltungstätigkeiten und begleiten individuell Unternehmen bei Behördengängen. Die bezirkliche Wirtschaftsberatung muss verstärkt werden und die volle Unterstützung der gesamten Bezirksverwaltung haben. Einfache und unbürokratische Wege sind für die Unternehmer z.B. durch die Einführung von internetbasierten Diensten und mobilen Systemen für die Wirtschaftsförderung nach dem „Lebenslagenprinzip“ weiter zu entwickeln. Existenzgründer erhalten spezielle und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Beratungs- und Informationsangebote, um ihnen einen besseren Start in die Unternehmensgründung zu ermöglichen. Ausbildungsverbände und die enge Einbindung privater Unternehmen sollen jungen Menschen Chancen im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen.

Öffentliche Aufträge sind vorrangig an örtliche Unternehmen zu vergeben - z.B. durch Aufteilung in kleine Lose. Die Erhöhung der Ausschreibungs- und Vergabegrenzen soll mittelstandsfreundlich ausgelegt werden. Die Vergaberichtlinien sind dahingehend zu ändern, dass die Zahlung durch die öffentliche Hand innerhalb von 45 Tagen erfolgen muss.

Die europäische Dienstleistungsrichtlinie darf nicht zu Lasten von klein- und mittelständischen Unternehmen gehen.

Ausreichende, rechtzeitige und marktgerechte Gewerbeflächen werden bereitgestellt. Gründerfreundliche Erbbauzinsen führen zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen.

Die Schaffung und die Annahme eines Arbeitsplatzes müssen sich lohnen. Wir lehnen daher die Verdrängung bestehender bzw. die Verhinderung neuer Arbeitsplätze durch ausufernde staatlich finanzierte Beschäftigungsmaßnahmen ab. Die Aufgabe der Regionalagentur für Arbeit ist es, den von Arbeitslosigkeit betroffenen Neuköllnerinnen und Neuköllnern „echte“ Arbeitsplätze zu vermitteln.

## **Bildung in Neukölln**

Bildung entscheidet über die Zukunft - sowohl jedes einzelnen jungen Menschen als auch der Gesellschaft insgesamt. Bildungschancen entscheiden darüber, welche Zukunftschancen man hat und wie junge Menschen im Wettbewerb bestehen können.

Deshalb müssen in den ersten Lebensjahren die besten Grundlagen für den späteren Bildungserwerb gelegt werden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für die CDU Grundvoraussetzung für Integration und den Weg ins Berufsleben. Eine Einschulung soll daher nur dann vorgenommen werden, wenn ausreichende Deutschkenntnisse vorliegen. Das bedeutet auch, dass die Sprachförderung bereits weit vor Schulbeginn ansetzen muss. Jedes Kind, das mangelnde Sprachfähigkeiten hat, soll daher eine vorschulische Einrichtung besuchen. Nach dem bedenklichen Wegfall der Vorklassen muss endlich das Bildungsprogramm in der Kita umgesetzt und die Sprachförderung bei Sprachdefiziten verpflichtend gemacht werden. Dazu ist es nötig, die Erzieherinnenausbildung zu qualifizieren und mehr Fortbildungen anzubieten. Gerade im Neuköllner Norden verursacht der gesellschaftliche Wandel des Bezirkes erhebliche Bildungsdefizite, die mit einem Mangel an Sprachfähigkeit beginnen. Über eine Kita-Pflicht für Kinder mit erheblichen Sprachdefiziten sollte nachgedacht werden.

Es ist wichtig, dass Migrantenkinder die deutsche Sprache nicht nur außerhalb des Elternhauses korrekt sprechen, daher muss die Volkshochschule weiterhin und verstärkt Sprachkurse für nichtdeutsche Eltern anbieten. Damit bekommen die Eltern Gelegenheit, die Chancen der Kinder zum Erlernen der deutschen Sprache zu verbessern. Grund- und Oberschulen sollen auch weiterhin die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, ob auf dem Schulhof nur deutsch gesprochen werden darf.

Unterrichtsausfall muss der Vergangenheit angehören. Schüler haben ein Recht auf gute Bildung. Die Quote an Lehrkräften muss deshalb aufgestockt werden. Außerdem sollten Lehrer mehr als bisher an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen. Zur Stärkung der Neuköllner Schulen sollen weiterhin Investitionen zur Erhaltung der baulichen Substanz und in die Ausstattung vorgenommen werden.

Wir fordern einen Wahlpflichtbereich, in dem jeder Schüler entweder an einem Religionsunterricht oder an einem staatlichen Ethikunterricht teilnimmt. Damit würde auch der bisher unkontrollierte Islamunterricht wegfallen. Stattdessen erteilen staatlich ausgebildete Lehrkräfte den Religionsunterricht aller Konfessionen.

Auch in der Zukunft sollen Eltern und die Fähigkeiten ihrer Kinder über die Schulwahl entscheiden. Daher sind weiterhin Sonderschulen ab der ersten Klassenstufe wieder einzuführen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Einführungsphasen an den Grundschulen eine zu große Spanne umfassen und zu wenig Personal zur ausreichenden Förderung der lernschwachen und behinderten Kinder zur Verfügung steht. Für Kinder, bei denen sonderpädagogischer Förderbedarf im Bereich der „emotionalen und sozialen Entwicklung“ besteht, sind zusätzliche Plätze einzurichten.

Gewalt, Verwahrlosung, Misshandlungen und psychische Probleme sollen an Neuköllner Schulen keinen Platz haben. Wir wollen eine stärkere Präsenz von Jugendhilfe, Sozialpädagogen und Schulpsychologen in den Schulen. Weitere außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche sind den veränderten Schulzeiten anzupassen. Wir wollen eine Ganztagschule, in der die Schulen mit freien Trägern, Vereinen, Kulturangeboten und Institutionen kooperieren können und hierfür die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Die Musikschule Neukölln und die Bibliotheken unterstützen den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit mit begleitenden Angeboten.

## **Sicherheit in Neukölln**

Beim Thema Sicherheit gibt es für uns keinen Raum für Kompromisse. Wir vertreten den Grundsatz, dass der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebenslagen Sicherheit bieten muss. Wir wollen eine Politik der Entschlossenheit und Stärke gegenüber Kriminellen. Um Straftaten zu verhindern, setzt sich die CDU Neukölln für eine stärkere und sichtbarere Polizeipräsenz ein, um sowohl die objektive Sicherheit zu erhöhen als auch das subjektive Schutzgefühl der Menschen in Neukölln zu verbessern. Hierzu gehört, eine bürgernahe Polizei zu erhalten. Wir drängen aus diesem Grund auf die Wiedereinführung der bewährten Kontaktbereichsbeamten.

Der Einsatz des freiwilligen Polizeidienstes ist in Zeiten knapper Mittel nicht nur wirtschaftlich, sondern vermittelt den Grundgedanken der Verantwortlichkeit des Bürgers für das Gemeinwesen. Schutzpolizei und Ordnungsämter werden zudem sinnvoll unterstützt. Aus diesem Grund befürworten wir die Wiedereinführung eines Freiwilligen Polizeidienstes.

Die CDU Neukölln fordert unter Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Bestimmungen Plätze mit hohem Kriminalitätsaufkommen intensiver zu überwachen. Um dies zu gewährleisten, benötigt Neukölln die Möglichkeit einer Videoüberwachung an den gefährlichen und gefährdeten Orten des Bezirkes.

Wir bestehen darauf, dass der Besitz von bereits geringen Mengen illegaler Drogen unter Strafe gestellt wird. Nach dem Abzug des Personals auf den U-Bahnhöfen muss die Polizei verstärkt in die Lage versetzt werden - insbesondere im Bereich der U- und S-Bahnlinien aber auch an anderen Orten, wie im Volkspark Hasenheide sowie im Umfeld der Schulen - , den zunehmenden Drogenhandel zu bekämpfen.

Eine Stabilisierung kann man nur erreichen, wenn es einen gesellschaftlichen Konsens gegen Gewalt gibt, daher wollen wir einen Präventionsrat einrichten, der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen aus Polizei, Kirchen, sozialen Trägern, Jugendeinrichtungen, Verbänden und Vereinen an einen Tisch holt.

Damit auch weiterhin eine kontinuierliche Verkehrserziehung im Bezirk durchgeführt werden kann, bestehen wir darauf, dass die Jugendverkehrsschulen im Bezirk erhalten bleiben und weiterhin unter der verkehrspädagogischen Anleitung der Polizei stehen, damit auch in der Zukunft die Kinder und Jugendlichen lernen, sich auf den Straßen Neuköllns sicher zu bewegen.